



# Kranksein verboten?

## „AUS“ FÜR JEDES ZWEITE SPITAL

Seite 2-3

monaco andersphoto fotolia.com



**Diese Flüchtlinge kommen uns sehr teuer**

Die Steuerflüchtlinge kommen uns sehr teuer. In der EU werden 2 Billionen Euro, das sind zweitausend Milliarden Euro, in Steueroasen wie Monaco, hier auf dem Bild zu sehen, geparkt. Das Geld der Steuerflüchtlinge fehlt. Bei den Pensionen, in den Krankenhäusern, bei der Bildung, bei der Bekämpfung von Armut. Ein funktionierender Sozialstaat würde dem Kapitalabfluss einen Riegel vorschieben. Die EU gibt sich aber damit zufrieden, Sündenböcke für die Krise verantwortlich zu machen. Mehr dazu Seite 10.

**Es  
reicht  
für alle**

**KPO**

## ZITIERT



# Krieglach: Kritik an geplantem Wasserkraftwerk

## Öffentliche Jobs für alle

Zentral wäre aber vor allem, dass jede und jeder ein existenzsicherndes Einkommen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt erzielen kann. Sir Anthony Atkinson, der große britische Doyen der Verteilungsökonomie, macht dazu in seinem aktuellen Buch einen interessanten Vorschlag: Wenn nicht genügend Jobs am Erwerbsarbeitsmarkt vorhanden sind, dann muss der öffentliche Sektor eben allen Menschen, die einen Job haben wollen, einen im öffentlichen Sektor garantieren. Denn die Arbeit geht unserer Gesellschaft auch in Zukunft nicht aus (man denke nur an den großen Pflege-, Hilfs- und Betreuungsbedarf für unterschiedliche Gruppen, nicht zuletzt für Flüchtlinge), enden wollend ist lediglich die Bereitschaft, für diese Arbeit auch zu bezahlen. (Karin Heitzmann, 5.2.2016)

derstandard.at/2000030472799/Mindestsicherung-Zu-viel-zu-wenig-ganz-das-Falsche

Am Freßnitzbach in Krieglach soll ein Kleinwasserkraftwerk errichtet werden. Dagegen gibt es Widerstand: Jakob Köpfelsberger, er ist Sachverständiger für Fischereiwesen und Revierobmann im Bezirk Bruck-Mürzzuschlag, kritisiert die Pläne, er sieht einen der letzten unverbauten Flussabschnitte in der Steiermark in Gefahr: „Der Wasserlauf wird gestört, das Geschiebe verringert sich, die Kiesbänke werden daher nicht mehr ausreichend von abgestorbenen Pflanzenresten und Kleintieren gereinigt. Der zu erwartende Sauerstoffmangel bedroht viele Fischarten.“ Köpfelsberger sieht in der Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen, er hat die Gelegenheit einem Anwalt übergeben.

Auch in anderen Regionen gibt es negative Erfahrungen mit Kleinwasserkraftwerken. Ihre Errichtung rentiert sich meist nur aufgrund

von öffentlichen Subventionen, sonst wären sie unrentabel. Die Profite streifen private Geldge-

ber ein, die ökologischen Folgen werden zum Problem der Allgemeinheit.



Obwohl die Strompreise im Keller sind, werden Wasserkraftwerke gebaut weil dafür Ökostrom-Förderung kassiert werden kann. Lebendige Fließgewässer, aber auch die Fischerei bleiben auf der Strecke.

## Privatisierung Post: Filialnetz weiter ausgedünnt

Nicht nur Schulen, Spitalsabteilungen, Nahversorger und Gemeindeämter sind in den vergangenen Jahren nach und nach verschwunden. Auch die Post AG dünnt ihr Filialnetz immer weiter aus.

Nun werden weitere Postfilialen geschlossen. Unter anderem trifft es Wildon, Neuhart und Fehring – eine Stadt mit 7.500 Einwohnern. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler kritisiert: „Trotz steigender Gewinne und Dividenden für die Aktionäre wird das Netz konsequent ausgedünnt, auch nach

weit über 1000 geschlossenen Filialen. Die Vorgänge bei der Österreichischen Post AG zeigen, wohin die Privatisierungspolitik geführt hat.“



- Die Zahl der Beschäftigten sank von 35.493 (1999) auf 23.912 (2014).
- Der Gewinn (EBIT) stieg von 28 Mio. (2003) auf 197 Mio. Euro (2014).
- Die Dividende pro Aktie stieg von 0,51 EUR (2003) auf EUR 1,95 (2014).

## Versorgungsposten für Ex-Landesrätin als „Gesundheitsplanerin“

Mit Kristina Edlinger-Ploders Wirken als ehemalige Gesundheitslandesrätin verbindet die steirische Bevölkerung vor allem die Einführung des Pflegeregresses und die Teilschließung zahlreicher Spitäler. Der Unmut gegen ihre Politik war so groß, dass sie noch vor Ende der letzten Periode aus dem Verkehr gezogen wurde.

Nun wird sie per Dringlichkeitsbeschluss der Landesregierung nach einer Episode im Universitätsbetrieb wieder als „Gesundheitsplanerin“ im mächtigen Gesundheitsfonds beschäftigt – als Teilzeitkraft. Daneben, das gab sie schon vorab bekannt, will sie ein zweites wirtschaftliches Standbein als „Beraterin“ aufbauen. Eine Vor-

gangsweise, die manche an einen Versorgungsposten denken lassen wird.

Für KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ist diese Personalentscheidung bedenklich: „Edlinger-Ploder verkörpert wie kaum eine andere Person die selbstherrliche Politik der früheren ‚Reformpartner‘. Ihr gesundheitspolitisches Ziel war nicht die Sicherung und Verbesserung des steirischen Gesundheitssystems, sondern die größtmögliche Einsparung auf Kosten der Gesundheit. Das böse Erwachen wird für viele steirische Regionen erst kommen, wenn es außerhalb von Graz nur noch Notversorgung gibt – und selbst diese scheint keineswegs flächendeckend gesichert.“

## Trieben: Verwirrung um Grundstücksabtretung

Die „Team-Styria GmbH“, eine Firma, bei der Menschen mit Behinderung in betreuten Werkstätten Arbeit finden, hat in Trieben eine Niederlassung. Über die Rechtmäßigkeit der Grundstücksschenkung, welche im Jahr 2004 getätigt wurde, wird heftig diskutiert, zuletzt in den „Stadtnachrichten“ sowie einem Flugblatt der „Team Styria GmbH“.

Bürgermeister Helmut Schöttl (SPÖ) spricht davon, dass der Gemeinde ca. 600.000 Euro an Kosten entstanden seien, jedoch die Schenkung des Grundstückes aus formalen Gründen von der Aufsichtsbehörde aufgehoben wurde. Die „Team Styria GmbH“ wider-

spricht diesen Zahlen und beharrt auf den Beschlüssen.

KPÖ-Gemeinderat **Michael Jansenberger**: „Die ganze Angelegenheit stellt sich ziemlich verworren dar. Meiner Meinung nach müsste erst einmal klargestellt werden, welche Beschlüsse wann getroffen wurden und was davon

rechtlich in Ordnung war. Auch bei den genannten Zahlen herrscht offenbar Verwirrung. Hier braucht es – in aller Ruhe – erst einmal eine Aufklärung. Erst wenn alle Fakten am Tisch liegen, kann der Gemeinderat irgendwelche Beschlüsse fassen. Insgesamt wirkt diese Sache wieder einmal nicht das beste Licht auf unsere Gemeinde.“



Aus der Festschrift 30 Jahre Team Styria, Standort Trieben

## Kindberg: KPÖ fordert Gebührensenkung

In der Budgetsitzung im Kindberger Gemeinderat forderte KPÖ-Gemeinderat Gernot Omerović



eine Senkung der Kanal- und Wassergebühren: „Wir haben hier eine 100-prozentige Kostendeckung, sogar ein Überschuss wird erwirtschaftet. Dieser wird zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet, was wir für grundfalsch halten. Unserer Meinung nach wäre es Zeit für eine Senkung der Gebühren, da hätten die Bürger auch etwas davon.“

## Für eine Politik, die nicht abkassiert

# Tag der offenen Konten

Während die Arbeitslosigkeit steigt und die Einkommen schwächeln, gibts für Politiker fette Gagen. Die KPÖ geht einen anderen Weg.

Ende 2015 legten die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr und die KPÖ-Landtagsabgeordneten die Verwendung ihrer Gehälter des Jahres 2015 offen. Sie haben mit 123.800 Euro 1.077 Menschen in Notlagen unterstützt.

Insgesamt wurden bisher 1.712.984 Euro an 12.644 Familien und Personen ausbezahlt.

### Nie abgehoben sein

„Wie es Menschen in Not geht, kann man nur verstehen, wenn sich der eigene Bezug nicht von jenem normaler Einkommensbezieher abhebt“, sagt Elke Kahr. So machen es auch die beiden Landtagsabgeordneten der KPÖ. Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler verwenden den Großteil ihres Polit-Einkommens zur Unterstützung in Not geratener Steirerinnen und Steirer.

### Gegenseitige Hilfe

Vor einer Notlage ist niemand gefeit. Betroffen sind junge und ältere Menschen gleichermaßen, oft infolge von Arbeitsplatzverlust, plötzlicher Erkrankung oder Trennung. Bewundernswert findet Elke Kahr, wie viele vom Schicksal hart getroffene Menschen ihr Los meistern. „Ich habe viele großartige Menschen getroffen, die anderen Mut machen können, Menschen, die sich unter schwierigsten Verhältnissen selbst beim Schopf packen und sagen, es geht weiter!“, so die Grazer Wohnungsstadträtin.

### Nachhaltige Unterstützung

Finanzielle Unterstützungen machen nur einen kleinen Teil der Hilfestellungen aus. Die KPÖ bemüht sich auch mit Rat und Tat zu helfen und bietet daher Beratung vor allem in sozialen Fragen an.



Zum 18. Mal legten die steirischen KPÖ-Mandatäre am „Tag der offenen Konten“ am 28.12.2015 die Verwendung ihrer Polit-Bezüge offen. 2015 wurden von der Grazer Stadträtin Elke Kahr sowie von den Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg insgesamt € 123.801,96 zur Unterstützung von 1077 in Not geratenen Personen und Familien zur Verfügung gestellt.

Dass die Soforthilfe vor dem Hintergrund der politischen Realität nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, weiß Werner Murgg: „Wir brauchen Arbeitsplätze, bezahlbare Wohnungen, Gehälter, von denen

man leben kann“, sagt der KPÖ-Landtagsabgeordnete. „Dafür steht unsere Politik. Wir wollen die Menschen nicht auf später vertrösten, sondern mit unserer tagtäglichen Hilfe unmittelbar für sie da sein.“

## Invaliditätspension – Rehabilitationsgeld

Bessere Rehabilitationsmaßnahmen, ein leichter Wiedereinstieg ins Berufsleben – diese verheißungsvollen Versprechungen begleiteten die Ankündigung der Einführung des Reha-Geldes anstelle der befristeten Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension für alle vor 1964 Geborenen ab Jänner 2014.

Jetzt – zwei Jahre später – ist klar: Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen finden kaum

statt. Im gesamten Jahr 2014 kamen von 12.500 Rehabilitationsgeldbeziehern nur 734 in ihren Genuss. Und Umschulungen sind die absolute Ausnahme: Von 17.500 Rehabilitationsgeld-Beziehern haben bis August 2015 lediglich 90 Personen an Umschulungsmaßnahmen teilgenommen. Für alle anderen Betroffenen bedeutet das Reha-Geld nur eines: ein Viertel weniger an Bezügen gegenüber Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditäts-Pensionisten.

Hinter der beschönigenden

Bezeichnung „Reha-Geld“ verbirgt sich ein Kürzungspaket für Kranke

und Invalide. Die aktuelle Statistik bestätigt dies leider nur zu deutlich.



© Gina Sanders Fotolia

## Hoch der 1. Mai

KPÖ ruft zu Demonstration und Maifest auf

Angesichts der rapiden Durchlöcherung des Sozialstaates ist es wichtiger denn je Protest gegen die neoliberale Regierungspolitik auszudrücken. Nutzen wir dazu den traditionellen Tag der Arbeit.

Heraus zum 1. Mai. Demonstrieren Sie mit uns für Arbeit und Frieden für alle!

Im Anschluss gibt es ein Maifest im Volkshaus Graz mit Original Union Bar und Binder & Kriegelstein.

## Mürzzuschlag: Mediationsprojekt ein voller Erfolg

Seit der Gemeinderatswahl 2015 trägt in Mürzzuschlag die KPÖ die Verantwortung für die Wohnungsangelegenheiten.



KPÖ-Gemeinderat **Franz Rosenblattl** initiierte ein Projekt, bei dem Mieterstreitigkeiten, Probleme bei Mietrückständen oder Integrationsfragen mit Hilfe eines Mediators gemeinsam und im Sinne der Bewohnerinnen und

Bewohner angegangen werden. „Bei Hausversammlungen werden Probleme besprochen, es gibt jetzt eine unmittelbare Informationspolitik und wer bei Behördenwegen Unterstützung braucht, dem wird geholfen“, zeigt sich Rosenblattl zufrieden.

1. Mai 2016

Elke Kahr **KPÖ**

**ARBEIT und FRIEDEN für alle**



bei jedem Wetter

**Demonstration und Maifest**

Graz – 1. Mai 2016, Treffpunkt 10 Uhr Südtirolerplatz  
ab 13 Uhr Fest Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

mit „Original Union Bar“ – Binder & Kriegelstein  
internationale Küche

# Gutachter sind keine Götter

## Jansenberger (KPÖ): Überprüfung von Gutachten ist notwendig

Vor Gericht und bei vielen Verfahren der Sozialversicherung haben Gutachter eine sehr starke Stellung. Sie haben großen Einfluss darauf, ob die Ansprüche vor Versicherungen oder bei der Pflege abgelehnt oder anerkannt werden.



Kein Wunder, dass oft der Verdacht aufkommt, dass Gutachter für den Staat oder für mächtige Einrichtungen und gegen den Kleinen Mann entscheiden. Deshalb tritt der Triebener KPÖ-Gemeinderat Jansenberger dafür ein, beim Gesundheitsministerium eine unabhängige Stelle zur Überprüfung von Fachgutachten einzurichten.

Jansenberger: „In Graz hat der Gemeinderat erst vor kurzem mit großer Mehrheit einen Dringlichkeitsantrag der KPÖ angenommen, der diese Forderung erhebt. Gutachter sind keine Götter. Sie können auch irren.“

**Götter haben meist mehr Verständnis für die Menschen als Gutachter.**

### Sparpolitik

Versicherungen und das Sozialministerium tun alles, um ihre Kosten möglichst niedrig zu halten. Dazu dienen ihnen gesetzliche Verschlechterungen, wie das zuletzt bei der Einstufung für das Pflegegeld geschehen ist. Aber auch Gutachter entscheiden sehr oft nicht im Sinne der Versicherten, sondern zu Gunsten des Staates. Eine unabhängige Stelle, die diesen Umstand überprüft, könnte hier Abhilfe schaffen.

Im Einzelnen fordert die KPÖ die Schaffung einer unabhängigen, im Gesundheitsministerium angesiedelten Stelle zur fachlichen Überprüfung von Sachverständigenutachten, die gewährleistet, dass Gerichtsgutachten nach zeitgemäßen internationalen wissenschaftlichen Standards erstellt werden. Diese Qualitätskontrolle

**Michael Jansenberger:** „Es ist nicht einzusehen, warum man als Versicherter in der Steiermark bei der GKK in bestimmten Bereichen



schlechter gestellt ist als im Burgenland. Als Beispiel nehme ich nur das Case-Management, zu dem man im Burgenland einen niederschweligen Zugang hat, während man bei uns einen Umweg über PVA-Sozialgerichte nehmen muss.“

soll auch das Gericht bei der Beweiswürdigung unterstützen.

Wichtig ist auch eine verbesserte Ausbildung und Zertifizierung von Gerichtsgutachtern nach internationalen Qualitätsstandards.

Wichtig ist auch eine Sanktionierung der Gutachter bei Verletzung der Unparteilichkeit.

## Beispiel Graz: Eine starke KPÖ ist gut für die Leute

Die Landeshauptstadt Graz und das Umland sind fast zusammengewachsen. Bei der Stadtgrenze gibt es aber einen Unterschied: In Graz gibt es eine starke KPÖ.

Seit 1998 ist die KPÖ in der Grazer Stadtregierung vertreten. Ernest Kaltenegger und Elke Kahr haben als Stadträte viel für die Menschen erreicht und immer gemeinsam mit der Bevölkerung gehandelt. Ihr Motto war und ist: „Helfen statt reden“.

So gibt es in Graz das Zuzahlungsmodell für Mieter von Gemeindewohnungen. Niemand muss mehr als ein Drittel des Familieneinkommens für das Wohnen (inklusive Betriebskosten) aufwenden. Der Verkauf der Gemeindewohnungen und andere Privatisierungen konnten abgewendet werden.

Bei den Verhandlungen um das Grazer Kommunalbudget für die Jahre 2015 und 2016 hat man ÖVP und SPÖ wichtige Zugeständnisse abgerungen. Darin enthalten war

die verbilligte Jahreskarte für Grazerinnen und Grazer um 228 Euro. Das Angebot wurde zur Erfolgsgeschichte. Stadträtin Elke Kahr: „Wir werden alles dafür tun, dass diese Jahreskarte auch in Zukunft angeboten wird.“

Auch auf anderen Gebieten hat es sich der Einfluss der KPÖ positiv ausgewirkt. Kanal- und Müllgebühren sind 2015 und 2016 nicht erhöht worden. Die von ÖVP, SPÖ und FP beschlossenen automatischen Anhebungen dieser Tarife wurden ausgesetzt. Die Parteienförderung wurde leicht gekürzt. Das Programm zum Ankauf von Grundstücken für neue Gemeindewohnungen kommt voran.

**Elke Kahr:** „Die Richtung der Politik haben wir nicht ändern können. Wir haben aber einige Verbesserungen für die Bevölkerung erreicht. Auf diesem Weg wollen wir weiter gehen.“



Ein Bad für jede Gemeindewohnung: Dieses Versprechen von Elke Kahr ist mittlerweile eingelöst.

# Hilfe. Wohnen ist zu teuer



Wohnen ist Teuerungsmotor Nummer Eins. Hohe Wohnungseinstiegskosten und Maklerprovision verschärfen das Problem.

Die Unterschriftenkampagne der KPÖ stößt auf breiten Widerhall. Viele Menschen sehen es nicht ein, dass sie bei Anmietung einer Wohnung zwei Monatsmieten Provision zahlen müssen. Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr: „Die Zustimmung zu unserer Kampagne ist groß. Wir haben schon deutlich über 4.000 Unterschriften dafür gesammelt“, sagt Kahr. Die Makler haben bereits reagiert – mit einer Plakat- und Inseratenkampagne zur Image-Politur.

Auch in einer Wochenzeitung reagierte Gerald Gollenz von der Wirtschaftskammer ziemlich grantig. Die Forderung der KPÖ sei „kurzsichtig, denn nur beim Makler ist der

**Wussten Sie, dass die FPÖ 2011 mit einer Petition beim Bund erreichen wollte, dass die Maklergebühren wieder von zwei auf drei Monatsmieten erhöht werden?**

Mieter sicher“, behauptete er, denn nur der Makler sei „verpflichtet, die Mieter über eine Vielzahl an Regeln und Gesetzen aufzuklären“.

Tatsächlich ist es eher Ausnahme als Regel, dass Makler die Mieterinnen und Mieter rechtlich beraten. Sichere Informationen bekommt man bei der AK, dem Mieterschutzverband oder beim Mieternotruf der KPÖ (0316 / 71 2479).

„Wir lassen bei den Wohnkosten nicht locker“, betont Elke Kahr.



foto: bendel11 fotolia.at

Ein Faktor bei den Miet-Einstiegskosten ist die Kautions. Hier könnte die Gemeinde mit einem Kautionsfonds einspringen. Dies ist in Knittelfeld auf Antrag der KPÖ bereits geschehen.

## Wohnen macht arm

1975: Miete öS 600.- Gehalt 4.000 öS also 15% für Miete  
 2015: Miete Euro 600.- Gehalt 1.500 € also 40% für Miete

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

## Weg mit der Maklerprovision für Mieter!

Seit 1. Juni 2015 muss in Deutschland der Vermieter die Provision zahlen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen, Irland oder der Schweiz muss der Mieter keine Provision zahlen. Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter verringert die Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

**Deshalb fordert die KPÖ den Bundesgesetzgeber auf, zu beschließen:**

- Für die Kosten der Maklerprovision muss ausschließlich der Vermieter aufkommen.
- Die Maklerprovision pro vermittelter Wohnung darf 500 Euro nicht überschreiten.

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



**KPÖ**

Eine Initiative der KPÖ Graz Elke Kahr

Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.  
 Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79  
 Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at